

ter Beschäftigungssektor sein (ÖBS), allerdings nicht nur für sogenannte schwer vermittelbare Arbeitslose. (Hier kann im Einzelfall die Messlatte von den Arbeitsbehörden wieder so hoch gelegt werden, dass Beschäftigungsmöglichkeiten nicht genutzt werden.) Ein solcher ÖBS könnte sowohl bei den Kommunen und Sozialverbänden, als auch bei privaten Arbeitgebern angesiedelt sein.

Auf diesem Hintergrund wird dann verständlich, wenn die Dorstener Stadtverwaltung nicht so ohne Weiteres auf die 46 billigen Arbeitskräfte, vom Bürgermeister als Personen „in der Aktivierungsphase“ bezeichnet, verzichten will. Stattdessen verweisen der Bürgermeister und die Verwaltung lieber darauf, wie vorbildlich sich Dorsten um geförderte Stellen bemüht habe. (So im Schreiben des Bürgermeisters, in welchem er die Ablehnung des anfänglichen Bürgerantrags des DAT begründet, sowie auch in der Sitzung des Sozialausschusses am 26.11.08 vom Sozialdezernenten, Herrn Baumeister.)

Da fällt einem das Sprichwort ein:

**Unter den Blinden ist der Einäugige König!**



**8 Euro Mindestlohn.  
Gesetzlich garantiert.**



Endlich – nach über einem Jahr Bauzeit ist die B 58 in Wulfen fertig. Es ist eigentlich ganz schön geworden. Nur an 3 - 4 Stellen sind jetzt schon die Bordsteine ramponiert. Es stellt sich die Frage, wer ist dafür verantwortlich: liegt ein Planungsfehler vor oder wurde bei der Bauausführung geschlampt?

**DIE LINKEN**   
**Dorstener Frauen** geben bekannt:

**Nächster Frauentreff**

am 9. Januar 2009 ab 18:00 Uhr

Pizzeria „La bella Vita“

Wiesenstraße 15 Dorsten - Innenstadt

# Dorsten-Info

www.dielinke-dorsten.de **DIE LINKE.Dorsten**

Ausgabe 12 / 08

Unsere  
Wünsche\*  
  
Und was  
wünschen  
Sie sich?



Die Linke.Dorsten wünschen Ihnen und Ihren Lieben aber auf jeden Fall ein ruhiges und beschauliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2009. Wir hoffen, dass Ihre Wünsche und Träume in Erfüllung gehen.

\* Die Wünsche sind eigentlich realistische Forderungen. Wir stellen sie auf, trotz der Diffamierungskampagne der „Agenda 2010 Partei SPD“, die behauptet, wir seien eine „Wünsch-Dir-Was Partei“.

# Dorsten lässt Gelder verfallen!

Im Dorsten-Info 10/08 fragten wir noch:  
**„Lässt Dorsten Gelder verfallen?“ Nun ist es amtlich!**

## Zur Sache:

Nach § 16 a SGB II können sozialversicherungs-pflichtige Stellen für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose bei nur 25% Eigenanteil des Arbeitgebers mit bis zu 75% Förderung aus Bundesmitteln für mindestens 2 Jahre eingerichtet werden. Dies ist im Gegensatz zu den sogenannten „Arbeitsgelegenheiten“, landläufig Ein-Euro-Jobs genannt, eine reelle Chance für Arbeitslose, wieder im 1. Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, da nach den 2 Jahren geförderter Tätigkeit bei Bewährung in der Regel gute Aussichten bestehen, regulär weiter beschäftigt zu werden.

Im Rahmen dieses „Job-Perspektive“ genannten Programms könnten im gesamten Kreis Recklinghausen „bis zu 680 zusätzliche Arbeitsplätze im gewerblichen und gemeinnützigen Bereich geschaffen werden“ (laut Beschlussvorlage zur nächsten Kreistagssitzung). Bei 10 wichtigen Kreisstädten ergäbe

das für Dorsten über den Daumen die Zahl 68 +/-!

Laut schriftlicher Auskunft durch den Pressesprecher der Vestischen Arbeit vom 21.11.08 hat Dorsten für das

Ein-Euro-Jobber. Rein rechnerisch hätte die Stadt das gesamte Kontingent von Ein-Euro-Jobberern in geförderte Stellen umwandeln können: 23 + 46 = 69.



Abrechnungsjahr 2008 für 23 Stellen die Förderung abgerufen. Lediglich 11 Stellen davon sind im gemeinnützigen Bereich von der Stadt eingerichtet worden. Auf der anderen Seite beschäftigt die Stadt laut Aussage des Bürgermeisters 46 sogenannte

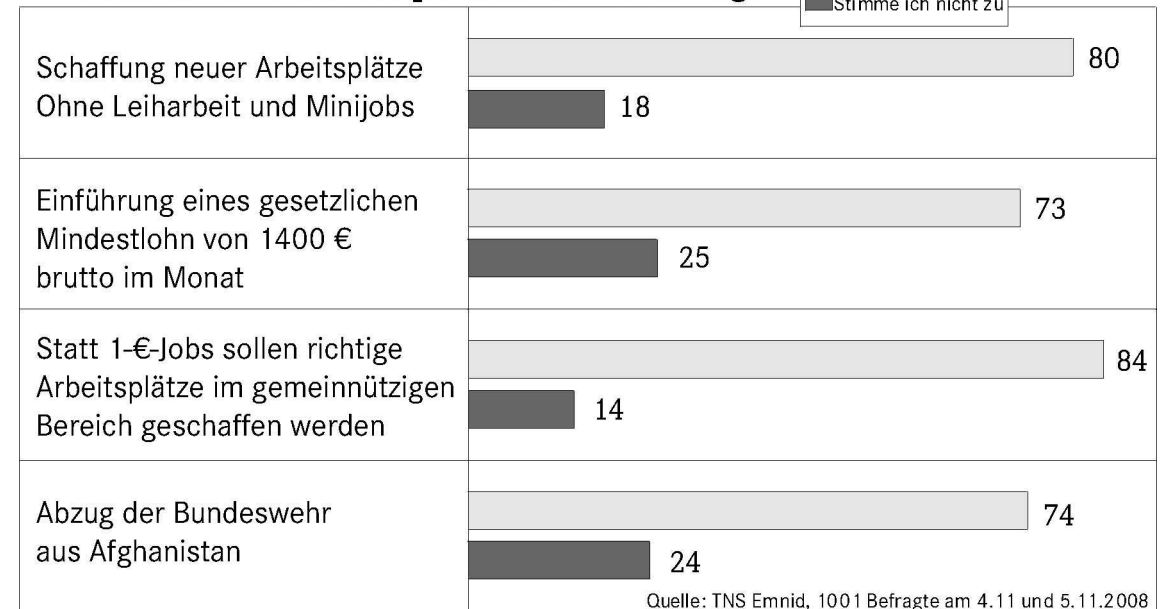
Der DAT sowie die Linke. Dorsten haben in etwa gleichlautenden Briefen den Bürgermeister aufgefordert, in einer Dringlichkeitsentscheidung die zur Verfügung stehenden Fördergelder noch für dieses Jahr auszuschöpfen, indem die Stadt eine entsprechende Anzahl der vorhandenen Ein-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsplätze, gefördert nach §16 a, umwandelt. Darauf haben Bürgermeister und Stadtverwaltung nicht reagiert.

## Mogelpackung: 1-Euro-Job

Der DAT hatte in seinem Bürgerantrag argumentiert, dass eine Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in geförderte feste

## Emnid: Große Zustimmung zu Positionen der Linken.

Wie beurteilen Sie diese politischen Vorschläge?



Arbeitsplätze nahezu kostenneutral für die Stadt wäre, da für einen regulär Beschäftigten die Zuschüsse zur Miete wegfielen. Von Seiten der Verwaltung wurde aber eingewendet, dass sich dies nicht so rechnen lässt. Bei näherem Hinsehen muss man der Sichtweise der Verwaltung zustimmen. Es ist zu berücksichtigen, dass für jeden Ein-Euro-Jobber der Träger der Maßnahme eine sogenannte Aufwandsentschädigung von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gezahlt bekommt. Diese kann monatlich um die 500.- Euro betragen. Einen Eigenanteil des Trägers gibt es dagegen bei Ein-Euro-Jobs nicht.

Diese Situation hat den früheren Leiter der Vestischen Arbeit in Recklinghausen, Herrn Ulrich Lammers, auf eine gute Idee gebracht. Er war gleichzeitig, angeblich ehrenamtlich, auch Leiter des städtischen Seniorenheims „Grullbad“. Da fehlte es an

Arbeitskräften, sowohl in der Pflege als auch in der Küche. Um den städtischen Haushalt nicht noch mehr zu belasten, fiel den Herren die Lösung mit den Ein-Euro-Kräften ein. Der Chef der Vestischen Arbeit (Ulrich Lammers) genehmigte dem Chef des Grullbad (Ulrich Lammers) zusätzlich zum Stammpersonal von 105 Beschäftigten weitere 40 Ein-Euro-Kräfte. Durch Intervention der Linken im Kreistag flog der Deal auf, der unter den Augen von Bürgermeister Pantförder (CDU) und Sozialdezernent Möllers.

zum Wohle des städtischen Haushalts so geschickt eingefädelt worden war. Ulrich Lammers wartet deswegen derzeit auf seinen Prozess. Die Herren der Stadtspitze gehen weiterhin unbehelligt ihren krummen Geschäften nach. Sie haben natürlich von alledem nichts gewusst!

Was lernen wir daraus? Die Einstellung einer größeren Zahl von Ein-Euro-Jobbern ist für

Stadtverwaltungen, aber auch für Träger sozialer Einrichtungen, unter Umständen ein gutes Geschäft: keine zusätzlichen Kosten, stattdessen Prämien von der Bundesanstalt. Und man tut dazu noch ein gutes Werk an den Arbeitslosen. Denn wie heißen Ein-Euro-Jobs so schön im amtlichen Sprachgebrauch? „Aktivierungsphase“, „Arbeitsgelegenheit“, „Eingliederungsmaßnahme“. Was in der Praxis meist darunter zu verstehen ist: Arbeitszwang, Ausbeutung, Abschiebung (in erneute Arbeitslosigkeit nach einem halben Jahr)!

## Die Linke fordert: Schaffung eines ÖBS

Deswegen fordert die Linke die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. An ihre Stelle sollten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze treten. Hierbei ist der § 16 a SGB II eine Möglichkeit, erste Schritte in die richtige Richtung zu tun. Ziel müsste ein öffentlich geförder-

Ich will mitmachen. Mir reicht´s, ich will was tun!

Ich möchte weitere Informationen.

Ich möchte eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden.

Mein Kontakt:

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

**Bitte senden an den V.i.S.d.P.:**

Karl Türck, Glück-Auf-Str. 18, 46284 Dorsten, ☎ 02362 794916

kallutuerck@web.de www.dielinke-dorsten.de